

HANSE



UMSCHAU



Inhalt 10/2013

01.10.2013

Termine.....	2
Armin Mueller-Stahl – Multitalent, Schleswig-Holsteiner, Weltenbürger	2
Schleswig-holsteinisches Kabinett tagt zum ersten Mal in Brüssel	2
EP-Präsident Schulz in Hamburg.....	3
Themen	4
Regional- und Städtepolitik	4
Verhandlungen zur Kohäsionspolitik auf der Zielgeraden / Weniger Geld für Deutschland	4
Meeres- und Fischereipolitik	5
2014: KOM will die Fangmengen insgesamt erhöhen, in der westlichen Ostsee aber senken	5
Verkehr.....	5
Mehr Qualität in der Binnenschifffahrt: KOM kündigt Aktionsprogramm NAIADES II an	5
Haushaltspolitik	6
KOM legt 2. Tranche des Nachtragshaushalts 2013 vor.....	6
Finanzmarktregulierung	6
KOM legt VO-Vorschlag zu Benchmarks vor	6
KOM veröffentlicht Paket im Kampf gegen Risiken von Schattenbanken	6
RL über Wohnimmobilienkreditverträge	7
Binnenmarkt	7
Monat des Binnenmarkts –Vorschläge für die Politik von Morgen erwünscht.....	7
Landwirtschaftspolitik.....	7
KOM legt neue Forststrategie vor	7
Umweltpolitik.....	8
KOM will Schutz vor invasiven Arten verbessern	8
Energiepolitik.....	8
Konsultation zum Grünbuch Klima- und Energiepolitik 2030.....	8
Wissenschaft und Forschung	9
KOM veröffentlicht Fortschrittsbericht über den Europäischen Forschungsraum	9
Gesundheitspolitik	9
Neues Symbol auf Beipackzetteln von Medikamenten.....	9
Bildung, Jugend und Kultur.....	10
„Unbequeme Denkmäler?“ – Deutscher Beitrag zum europäischen Tag des offenen Denkmals	10
In 25 Jahren wurden 2,5 Mio. Menschen durch die Jugendprogramme der EU unterstützt	10
Neue KOM-Initiative „Die Bildung öffnen“ strebt nach digitaler Revolution im Bildungsbereich	10
Am Rande.....	11
Look right, drive on left	11
Service.....	12
Impressum.....	12

Termine

Armin Mueller-Stahl – Multitalent, Schleswig-Holsteiner, Weltenbürger

Er wurde 1930 in Ostpreußen geboren, feierte als einziger deutscher Schauspieler in beiden deutschen Staaten und in Hollywood Erfolge. Er drehte zahlreiche Filme, erhielt eine Reihe von Auszeichnungen – u. a. das Bundesverdienstkreuz und den Deutschen Filmpreis für sein Lebenswerk. Aber er ist nicht nur Schauspieler, sondern auch Maler, Musiker und Schriftsteller: Armin Mueller-Stahl. In den vergangenen Jahren widmete er sich verstärkt der Malerei.

Am 2. September war das Multitalent zu Gast im Hanse-Office, die Reise nach Brüssel zur Eröffnung seiner Ausstellung war er trotz einer schmerzhaften Knieverletzung angetreten. Der ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm führte in die Ausstellung ein.

Mit unserem Bundesland zwischen den Meeren ist Armin Mueller-Stahl eng verbunden, beispielsweise durch das Fernsehspiel „Die Manns – ein Jahrhundertroman“ oder die Neuverfilmung der „Buddenbrooks“. Mueller-Stahl hat sich außerdem jahrelang für die Musikhochschule Lübeck engagiert und unterstützt das Landesmuseum Schloss Gottorf, die Lübecker Museen sowie das Jüdische Museum Rendsburg. Er lebt seit vielen Jahren nicht nur in Los Angeles, sondern auch in Sierksdorf an der Lübecker Bucht. 2010 wurde ihm die Ehrenbürgerwürde des Landes Schleswig-Holstein verliehen.



v.l.n.r.: Thorsten Augustin, Ministerpräsident Torsten Albig, Armin Mueller-Stahl und Ministerin Anke Spoorendonk (Foto: Felix Kindermann)

Wegen der zeitgleich stattfindenden auswärtigen Kabinettsitzung der schleswig-holsteinischen Landesregierung waren zu diesem besonderen Anlass im Hanse-Office der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig und alle Ministerinnen und Minister anwesend. Albig ging in seiner Rede darauf ein, „wie gut die Kunst Brücken baut. Wenn wir die Politik in Europa über die Jahrhunderte betrachten, dann hat sie wahrlich viel kaputt gemacht. Eigennutz, Konfrontation, Krieg haben die Staaten und die Menschen entzweit. Seit 60 Jahren arbeiten wir daran, das Zusammenleben in Europa gänzlich anders zu gestalten. (...) Die Politik hat von der Kunst gelernt.“

Armin Mueller-Stahls Ausstellung im Hanse-Office zeigt etwa 30 Gemälde, Radierungen, Farblithografien, Mischtechniken und Ölgemälde; Bilder, die eine weite Bandbreite umfassen, von Menschen, vom Schmerz, von der Liebe, vom Leben und vom Krieg erzählen. Bis Ende Januar 2014 sind sie noch in der Avenue Palmerston 20 zu sehen.

US

► Kunsthaus Lübeck

Schleswig-holsteinisches Kabinett tagt zum ersten Mal in Brüssel

Ein „Signal Richtung Europa senden“ – so die Devise des schleswig-holsteinischen Kabinetts, das vom 2. bis 4. September in Brüssel zu Gast war, um seine Kontakte in der europäischen Hauptstadt zu vertiefen. „Politik für Schleswig-Holstein wird zu einem großen Teil in Brüssel entschieden. Ob es um die Energiewende geht, um die Wirtschafts- und Regionalförderung oder um die Arbeitsmarktpolitik, viele unserer wichtigen Zukunftsfragen werden maßgeblich von der Europäischen Union vorgeprägt. Daher ist es enorm wichtig, dass wir in Brüssel präsent sind, um die Interessen der Schleswig-Holsteiner zu vertreten. Deshalb wird die Landesregierung hier in den kommenden Jahren stärker vor Ort sein“, so Ministerpräsident Torsten Albig im Hanse-Office.



Das schleswig-holsteinische Kabinett im Hanse-Office, hier im Gespräch mit Dr. Uwe Corsepius. (Foto: Felix Kindermann)

Hauptthemen der Kabinettsitzung und der Gespräche waren die neue EU-Förderperiode, die Bürgerrechte und die Energiewende.

Gegenüber dem Generaldirektor für Regionalpolitik, Walter Deffaa, betonte Ministerpräsident Albig, dass es für Schleswig-Holstein wichtig sei, die EU-Struktur- und Investitionsfonds zwischen 2014 und 2020 so effizient wie möglich zu gestalten; zudem verwies er auf die Ziele der EU 2020-Strategie. "Wir wollen eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik, wir wollen mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung, und wir wollen eine innovative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik fördern. Dies wird Kern unserer Strategie sein, wenn wir über die Umsetzung des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und des Europäischen Sozialfonds in Schleswig-Holstein entscheiden", sagte Torsten Albig.

Mit Herrn Dr. Uwe Corsepius, dem Generalsekretär des Europäischen Rates, und Herrn Peter Tempel, dem deut-

schen Ständigen Vertreter bei der EU, erörterte das Kabinett vor allem die aktuelle Situation und künftige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie andere wichtige EU-Politiken wie die EU-Kohäsions- oder -Energiepolitik.

Mit EU-Justizkommissarin Viviane Reding sprach das Kabinett über Datenschutz und grenzüberschreitende Kriminalität. Reding lobte Schleswig-Holstein für seine Minderheitenpolitik.



Ministerpräsident Torsten Albig und EU-Kommissar Günther Oettinger
(Foto: Felix Kindermann)

Mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger diskutierte das Kabinett über die Energiewende. „Die Umstellung auf regenerative Energieformen und der Ausbau der Stromnetze sind entscheidende Zukunftsthemen für Schleswig-Holstein. Die EU wird künftig eine eigene Förderung der Energieinfrastruktur einrichten. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass unter anderem die „Westküstentrasse“ von Brunsbüttel nach Dänemark und der „Nord.Link“ von Wilsiter nach Norwegen berücksichtigt werden“, sagte Torsten Albig. Der Ministerpräsident und der Kommissar befürworteten eine europäische Strategie zur Weiterentwicklung Erneuerbarer Energien. Oettinger will grenzüberschreitende Projekte wie die Westküstentrasse und den Nord.Link auch in Zukunft unterstützen.

US

► [PM der Landesregierung](#)

EP-Präsident Schulz in Hamburg

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des Europa-Kollegs kam der Präsident des EP, Martin Schulz, am 13. September nach Hamburg. Er wurde vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und dem hamburgischen Bevollmächtigten für Europaangelegenheiten Wolfgang Schmidt im Rathaus, wo auch die Jubiläumsveranstaltung stattfand, begrüßt.

In seinem Festvortrag unter der Überschrift „Europa im 21. Jahrhundert“ mahnte Präsident Schulz an, dass Europa sich ändern müsse, wenn es sein Gesellschaftsmodell mit Wohlstand und Wachstum, Frieden und Sicherheit in einer vernetzten, globalisierten Welt bewahren wolle. Denn das 21. Jahrhundert werde ein Zeitalter der Weltregionen sein. Aber bislang sei unklar, ob Europa dann noch zu den einflussreichen Weltregionen gehören werde. Europa kann nur dann weiter im Zentrum der Weltpolitik stehen, so der

Parlamentspräsident, wenn wir uns aktiv dafür entscheiden.

Dazu bedürfe es einer neuen Aufgabenverteilung unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips, denn die EU solle nur handeln, wenn dies einen Mehrwert für die Bürger brächte, etwa in der Klima- oder der Handelspolitik. Zur Lösung transnationaler Probleme müsse dementsprechend auf europäischer Ebene gehandelt werden. Die dafür notwendige Souveränitätsübertragung könne allerdings nur mit einer weiteren Demokratisierung der EU einhergehen. Derzeit würde die EU wegen ihres Demokratiedefizits nicht die Bedingungen erfüllen, um selbst Mitglied der EU zu werden. Legitimität und Handlungsfähigkeit müssten deshalb künftig dadurch gesichert werden, dass die EU eine Regierung erhält, die vom EP eingesetzt und kontrolliert wird.



Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz im Gespräch mit EP-Präsident Martin Schulz

Präsident Schulz machte sich dafür stark, dass die europäischen Parteien im Wahlkampf um das EP Spitzenkandidaten für das Amt des KOM-Präsidenten benennen sollten. „Das Salz in der Suppe des politischen Wettkampfes ist der Streit um Köpfe und Ideen.“ Er hofft, dass wir dies auch im nächsten Jahr in Europa erleben werden.

Schulz beendete sein leidenschaftliches Plädoyer für die EU mit dem Bekenntnis zu seinem persönlichen Ziel, es zu „schaffen, dass wir wieder stolz auf die EU sein können.“ Hierfür müsse das Versprechen der EU für Solidarität und Gerechtigkeit eingelöst werden. Dabei gelte es insbesondere, ganz konkret die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen oder die Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen, aber letztlich auch den geballten Pessimismus gegenüber der europäischen Einigung erfolgreich zu überwinden.

Der Parlamentspräsident lobte in seiner Festrede nicht nur das Europa-Kolleg für sein Engagement in Sachen europäischer Integration, sondern auch die Hansestadt für ihre Europafreundlichkeit und Weltoffenheit: „Hamburg ist mit seinem Hafen das Tor zur Welt, ein Platz für Debatten und Meinungsfreude, Begegnung und Völkerverständigung.“

gung.“ Er ließ sich sogar dazu hinreißen zu schwärmen, dass keine Stadt in Europa so schön wie Hamburg sei.

Zuvor hatte der Erste Bürgermeister in seiner Jubiläumsrede die Verdienste des Europa-Kollegs für die europäische Völkerverständigung und den wissenschaftlichen Austausch gewürdigt, sowie die Bedeutung der EU für Hamburg unterstrichen: „Heute ist unsere Stadt eine global vernetzte europäische Metropole und in der Metropolregion Hamburg leben fünf Millionen Einwohner, immerhin ein Prozent der gesamten EU-Bevölkerung. Das bedeutet auch eine Verpflichtung. Als ein wichtiger Wirtschaftsraum in Nordeuropa, der stets von der europäischen Einigung profitiert hat, muss der Blick unserer Stadt noch stärker als ohnehin auf Europa gerichtet sein. Übrigens, nicht zufällig war Hamburg das erste Bundesland, welches bereits 1985 mit dem Hanse-Office eine eigene Vertretung in Brüssel eröffnete.“

CM

- ▶ Rede des Ersten Bürgermeisters
- ▶ Europa-Kolleg Hamburg

Themen

Regional- und Städtepolitik

Verhandlungen zur Kohäsionspolitik auf der Zielgeraden / Weniger Geld für Deutschland

Ein ambitionierter Zeitplan

Der trilaterale Verhandlungsmarathon zwischen KOM, Rat und EP geht in die letzte Runde. Nach 85 Sitzungen während der irischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2013 trifft man sich unter litauischem Vorsitz nun zweimal wöchentlich, um die noch offenen Punkte bei den Verhandlungen zur künftigen Kohäsionspolitik so schnell wie möglich zu klären. Die Zeit wird knapp: In drei Monaten beginnt die neue Förderperiode, und noch stehen wichtige Beschlüsse im EP und im Rat aus. Anfang Oktober sollen die Trilogie beendet sein, das EP will sodann im Plenum (21. bis 25. Oktober) Einigung zu den VO-texten erzielen, im November soll die formelle Annahme durch den Rat erfolgen; eine Veröffentlichung im Amtsblatt im Dezember wird schließlich das Inkrafttreten der Strukturfonds-Verordnungen besiegeln.

So der Plan. Allerdings handelt es sich bei den noch offenen Punkten keineswegs um Kleinigkeiten. Bei der Diskussion um die Festlegung makroökonomischer Bedingungen, deren Nichteinhaltung zum Aussetzen von Zahlungen auf regionaler Ebene führen kann, haben sich die Fronten verhärtet (strikte Ablehnung durch das EP). Auch die Einführung einer Leistungsreserve für Regionen, die in besonderem Maße zur Erfüllung der Europa 2020-Ziele beitragen, ist nach wie vor heftig umstritten und stößt bei den Europaparlamentariern auf wenig Gegenliebe. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von Fragen bezüglich des Finanzmanagements, die im Gegensatz zu den eben genannten Punkten wohl eher kleinere (aber nicht zu unterschätzende) Hürden darstellen. Hier gilt der Ausruf, den

man im Zuge der Debatten immer wieder vernimmt: Nichts ist beschlossen, bevor nicht alles beschlossen ist!

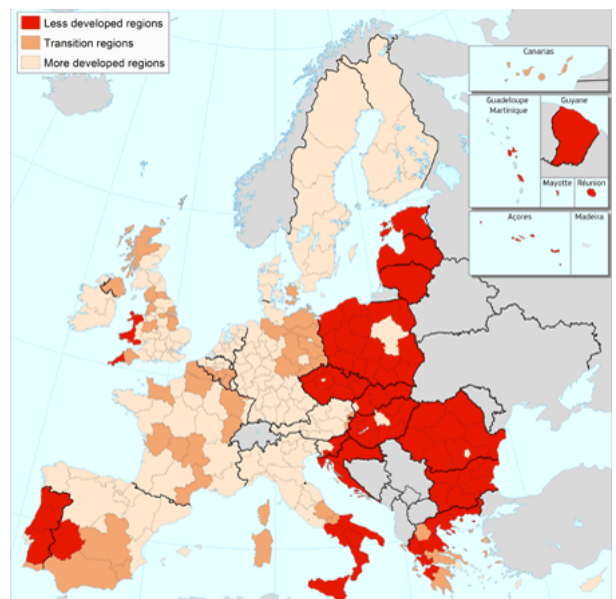
Die Verteilung des Geldes auf die MS

Unterdessen hat die KOM die Zuweisungen der Fördermittel für die Programmperiode 2014-2020 veröffentlicht. Demnach erhält Deutschland aus den mit insgesamt 325 Mrd. € gefüllten Strukturfonds 17,15 Mrd. € (bezogen auf Preise von 2011). Das sind etwa 9 Mrd. € weniger als in dem nun zu Ende gehenden Förderzeitraum 2007-2013.

Auf die besser entwickelten Regionen (bislang als Ziel 2-Gebiete bezeichnet) entfallen 7,6 Mrd. €, auf den neu eingeführten Typus der Übergangsregionen 8,7 Mrd. €. Die derzeit noch vorhandenen Ziel 1-Gebiete (Konvergenzregionen) wird es ab 2014 in Deutschland nicht mehr geben. Sie rutschen quasi in die Übergangskategorie. Davon sind die Regionen der ostdeutschen Bundesländer betroffen, aber auch der Bezirk Lüneburg als einziges westdeutsches Konvergenzgebiet in der jetzigen Förderlandschaft. Für Projekte der territorialen Zusammenarbeit (Ziel 3 / INTERREG) werden 845 Millionen EUR zur Verfügung stehen, wobei der Schwerpunkt auf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG A) liegen wird.

Ein Blick auf die anderen MS verdeutlicht die Unterschiede in der Förderintensität: „Gewinner“ der Mittelverteilung ist Polen, das mit ca. 70 Mrd. € das mit Abstand größte Fördervolumen aufweisen wird, gefolgt von Italien (29,2), Spanien (25), Rumänien (21,75) und Tschechien (20,5).

Bezogen auf die Gebietskategorien der EU wird es so sein, dass den weniger entwickelten Regionen nach wie vor der größte Anteil der Fördermittel zugewiesen wird (165 Mrd. €). Auf die besser entwickelten Regionen entfallen 50 Mrd. €, auf die Übergangsregionen 33 Mrd. €. Die territoriale Zusammenarbeit kann auf 8 Mrd. € zurückgreifen. Zeitlich gesehen gibt es eine Gleichverteilung der Mittel auf die Jahre 2014-2020, bis auf eine Ausnahme: Die Förderung der territorialen Zusammenarbeit ist progressiv gestaffelt; die Geldbeträge sind zunächst niedrig und nehmen ab 2017 stark zu.



Fördergebietskulisse 2014 - 2020

Auf der abgebildeten Karte ist die Förderintensität in Ost- und Südosteuropa gut zu erkennen. Die rote Farbe kennzeichnet die weniger entwickelten Regionen, das helle Braun die Übergangsregionen, der blassere Ton die stärker entwickelten Gebiete. Aus Deutschland und aus Teilen Spaniens ist das Rot verschwunden – im Grunde genommen eine gute Entwicklung und ein Erfolg für die Strukturpolitik. Allerdings ist das Bild von statistischen (BIP als zentrale Messgröße) und räumlichen Effekten (Größe der Regionen) geprägt, die die intraregionalen Disparitäten verdecken. Und es gibt auch negative Entwicklungen: In Süditalien und in Griechenland hat sich die Lage verschlechtert. Es wird wohl noch lange dauern, bis sich das flächendeckende Rot auch aus den südlichen und östlichen Gebieten der EU zurückzieht. AT

Meeres- und Fischereipolitik

2014: KOM will die Fangmengen insgesamt erhöhen, in der westlichen Ostsee aber senken

Erste Anzeichen sprechen dafür, dass die in den letzten Jahren beschlossenen Maßnahmen der EU zur Verbesserung der Fischbestände in europäischen Gewässern beginnen zu greifen – zumindest in Nordeuropa. Kommissarin Maria Damanaki sagte anlässlich einer Wissenschaftskonferenz am 17. September in Brüssel: „In den nördlichen Meeren wurden harte Entscheidungen getroffen, den Fischbeständen geht es besser, und als Ergebnis hat sich die Industrie profitabler entwickelt“. Im Mittelmeer dagegen seien die Bestände heute „so überfischt, wie die Bestände der nördlichen Gebiete es vor zehn Jahren waren“.

Gesamtfangmengen in der Ostsee sollen für 2014 erhöht werden

Bei der Festlegung der konkreten Zahlen für die Fischereimöglichkeiten in der Ostsee für 2014 kommt die KOM in ihrem VO-Vorschlag zu unterschiedlichen Ergebnissen: Während die Fangmengen in der mittleren und östlichen Ostsee überwiegend angehoben werden sollen, plädiert die KOM in der westlichen Ostsee für deutliche Absenkungen (Dorsch: - 15 %; Hering: - 23 %). Die endgültigen Zahlen sollen von den Fischereiministern auf der Ratstagung am 18. Oktober festgelegt werden.

Handelssanktionen im Makrelen- und Heringsstreit gegen die Färöer-Inseln

Die Handelssanktionen der KOM betreffen ein Einfuhrverbot für Hering und Makrele aus atlantisch-skandischen Beständen und entsprechenden Fischereierzeugnissen. Betroffen sind Fischereifahrzeuge der Färöer-Inseln selbst und andere Fischereifahrzeuge, die diese Bestände unter Aufsicht der Färöer-Inseln befischen. Das kommt einem Anlegerverbot dieser Fahrzeuge in EU-Häfen gleich.

Für den von Norwegen, Russland, Irland, den Färöer-Inseln und der EU gemeinsam bewirtschafteten atlantisch-skandischen Heringsbestand wurden abgestimmte Gesamtfangmengen vereinbart. Diese Vereinbarung wurde

von den Färöer-Inseln einseitig gekündigt, und die Fangmengen wurden um über 200 % erhöht. TE

► [PM der KOM IP/13/787 zur Ostsee](#)

► [VO-Vorschlag KOM\(2013\) 598 final](#)

► [PM der KOM IP/13/785 zu den Färöer-Inseln](#)

► [Kommissarin Damanaki zu den EU-Fischbeständen \(EN\)](#)

Verkehr

Mehr Qualität in der Binnenschifffahrt: KOM kündigt Aktionsprogramm NAIADES II an

Der Transport von Gütern aus den großen Seehäfen zu ihrem Bestimmungsort findet zu einem wesentlichen Teil auch auf Binnenwasserstraßen statt. Während Schiene und Straße abschnittsweise an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, verfügt die Binnenschifffahrt laut der KOM noch über erhebliche Kapazitäten. Gleichzeitig befindet sich dieser Sektor in bestimmten Bereichen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten.



Laut KOM verfügt die Binnenschifffahrt über erhebliche Kapazitäten (Foto: Europäische Kommission)

Die KOM kündigte daher am 10. September Maßnahmen zur Verbesserung der Binnenschifffahrt an. Mit dem Aktionsprogramm NAIADES II richtet sie das 2006 eingeführte Programm NAIADES I, dessen Maßnahmen inzwischen zumeist abgeschlossen sind, neu aus.

Die neuen Maßnahmen sind u. a. in folgenden Bereichen vorgesehen:

Verbesserung der Infrastrukturqualität und Förderung der Integration der Binnenschifffahrt in die Logistikkette

Dies soll durch finanzielle Unterstützung zum Aus- und Neubau der Infrastruktur der Binnenwasserstraßen und zur Vernetzung mit den anderen Verkehrsträgern geschehen. Auch ist die Integration in TEN-V Korridore vorgesehen. Des Weiteren prüft die KOM auch die Einführung von Binnenschifffahrts-Informationsdiensten.

Unterstützung eines reibungslosen Funktionierens des Marktes und Umstrukturierung des Sektors

Die KOM will prüfen, was im Regulierungsbereich getan werden kann, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern, und tritt in Diskussion mit den MS und Vertretern des Sektors. Sie will ebenfalls Maßnahmen vorschlagen, um

den Zugang zum Beruf zu erleichtern und einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Steigerung der Umweltfreundlichkeit des Sektors durch weniger Emissionen und mehr Innovationen

Die Überprüfung der Emissionsgrenzwerte für neue Motoren und weitere Grenzwerte für bestehende Motoren wird angekündigt; ebenso soll der Einsatz von LNG als Binnenschiffskraftstoff gestattet werden.

Neues Konzept für die Lenkung

Es sind institutionelle und legislative Maßnahmen vorgesehen, um Überschneidungen von Rechtsrahmen und Zuständigkeiten im Sektor der Binnenschifffahrt abzubauen. Außerdem soll eine gezieltere Zusammenarbeit mit anderen internationalen Einrichtungen aufgebaut werden, um Doppelregelungen zu beseitigen.

Jan Büchner

► [Mitteilung der KOM\(2013\) 623 final](#)

► [Themenseite zu NAIADES II \(EN\)](#)

Haushaltspolitik

KOM legt 2. Tranche des Nachtragshaushalts 2013 vor

Um bestehende Zahlungsverpflichtungen im Haushaltsjahr 2013 decken zu können, hatte die KOM schon im März dieses Jahres einen Nachtragshaushalt i. H. v. 11,2 Mrd. € vorgeschlagen (→ [HANSEUMSCHAU 04/2013](#)). Nachdem der Rat am 9. Juli lediglich eine erste Tranche i. H. v. 7,3 Mrd. € genehmigt hatte und diese bereits genehmigten Mittel erneut nicht ausreichen, hat die KOM am 25. September vorgeschlagen, das EU-Budget für 2013 um weitere 3,9 Mrd. € aufzustocken. Damit fordert die KOM für das Haushaltsjahr 2013 wie bereits im März vorgeschlagen in der Gesamtsumme 11,2 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln.

Von den nun vorgeschlagenen zusätzlichen 3,9 Mrd. € sollen allein 3,1 Mrd. € dafür verwendet werden, ausstehende Rechnungen der MS aus der Kohäsionspolitik zu begleichen. Des Weiteren sind zusätzliche Ausgaben im Bereich Forschung, Mobilität von Studierenden und Finanzierung von KMU mit etwa 344 Mio. € vorgesehen. Auch der Bereich Agrarpolitik bzw. ländliche Entwicklung soll von zusätzlichen 185 Mio. € profitieren. Für den Verwaltungsbereich sind keine zusätzlichen Ausgaben vorgesehen.

Da das EP vermeiden will, dass Zahlungen des laufenden Haushalts 2013 auf den EU-Haushalt 2014 verlagert werden, hat es die Annahme des Nachtragshaushalts in Höhe der vorgeschlagenen 3,9 Mrd. € zu einer zwingenden Voraussetzung für seine formelle Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 – 2020 gemacht. **CF**

► [PM der KOM IP/13/857 zum Nachtragshaushalt 2013](#)

Finanzmarktregulierung

KOM legt VO-Vorschlag zu Benchmarks vor

Nach dem großen Skandal vom Sommer letzten Jahres über Manipulationen bei Benchmarks hat die KOM am 18. September einen VO-Vorschlag über Indizes vorgelegt, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden. Ziel des Vorschlags ist es, die Zuverlässigkeit von Benchmarks zu erhöhen und Manipulationen leichter aufdecken zu können.

Um dies zu erreichen, wird der Anwendungsbereich der VO so weit gefasst, dass künftig nahezu alle Akteure im Finanzsektor darunter fallen sollen. Lediglich Teilnehmer des Europäischen Systems der Zentralbanken sowie – nach erfolgter Prüfung – Zentralbanken von Drittstaaten sollen davon ausgenommen sein. Von Interesse ist weiterhin, dass sich der Vorschlag nicht nur auf die bekannten Indizes wie LIBOR und EURIBOR beschränkt, sondern weitere Referenzzinssätze erfasst, darunter beispielsweise Rohstoffbenchmarks.

Indem kritische Benchmarks künftig von den nationalen Aufsichtsbehörden geprüft bzw. beaufsichtigt werden sollen, verspricht sich die KOM einen höheren Verbraucher- sowie Anlegerschutz für die Nutzer dieser Benchmarks. Auch mögliche Strafzahlungen sind vorgesehen: Diese sollen für Privatpersonen bis zu 500.000 € betragen und für juristische Personen von mind. 1 Mio. € bis zu 10 % des Umsatzes ausmachen.

Der Vorschlag ist im Allgemeinen deshalb von großem Interesse, weil Benchmarks eine wichtige Bezugsgröße für kurzfristige Kredite oder Festgeldanlagen sind. Oftmals gelten EURIBOR und LIBOR auch als Referenzzinssätze bei variabel verzinslichen Anleihen. Kommt es hier zu Manipulationen, führt dies beispielsweise bei langfristigen Anlagen, Krediten oder Anleihen oftmals zu langfristigen und damit teuren Nachteilen für Anleger und Verbraucher.

Die KOM hat angekündigt, dass die neuen Regelungen bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft treten sollen. Angesichts der vielen derzeit anhängigen Dossiers im Finanzdienstleistungsbereich gilt eine Verabschiedung vor der nächsten Europawahl im Mai 2014 als ambitioniert. **CF**

► [PM der KOM IP/13/841 zu Benchmarks](#)

► [Themenseite der KOM zu Benchmarks](#)

KOM veröffentlicht Paket im Kampf gegen Risiken von Schattenbanken

Angesichts der großen Bedeutung und weitreichenden Interdependenzen mit dem regulären Finanzsektor hat die KOM am 4. September ein Paket, bestehend aus Mitteilung und VO, zur Bekämpfung der mit Schattenbanken verbundenen Risiken vorgelegt. Weltweit wird dem Bereich der Schattenbanken ein Volumen von mehr als 51 Bio. € zugerechnet, wovon wiederum 16,8 Bio. € auf die Eurozone entfallen und 6,8 Bio. € auf das Vereinigte Königreich.

Unter Schattenbank wird ein System der Kreditvermittlung verstanden, an dem Unternehmen und andere Ak-

teure außerhalb des regulären Bankensystems beteiligt sind. Schattenbanken unterliegen dabei nicht der Regulierung wie normale Kreditinstitute, üben jedoch bankähnliche Aktivitäten aus.

Mit einem in der Mitteilung näher erläuterten Fahrplan zeigt die KOM auf, wie sie insbesondere systemische Risiken aus dem Schattenbankbereich künftig regulieren will. Kern der von der KOM geplanten Regulierungspolitik soll dabei der Ansatz sein, vergleichbare Regeln für Aktivitäten anzuwenden, die vergleichbare Risiken darstellen. Neben einer verstärkten Transparenz durch eine vermehrte Datensammlung, die Einrichtung zentraler Verwahrstellen für Derivate sowie die Schaffung eines Identifikationssystems, damit Transaktionen eindeutig zugeordnet werden können, ist auch daran gedacht, den Rechtsrahmen für bestimmte Investmentfonds zu revidieren, wie z. B. die RL zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-RL).

Zudem wird die KOM mit der Vorlage des VO-Vorschlags zu Geldmarktfonds diesen Bereich zusätzlich regulieren und den Begriff des Geldmarktfonds schützen. Geldmarktfonds werden zwar auch künftig entweder unter die Alternativer Investmentfonds Manager (AIFM)- oder OGAW-Bestimmungen fallen, zusätzlich aber weitere Verpflichtungen aus der neuen VO erfüllen müssen, um sich Geldmarktfonds nennen zu dürfen.

Laut KOM-Vorschlag sollen Geldmarktfonds nur in qualitativ hochwertige und diversifizierte Vermögenswerte hoher Bonität investieren dürfen und stets eine Mindesthöhe an liquiden Vermögenswerten vorhalten müssen. Zudem soll es nicht mehr ausreichend sein, sich lediglich auf externe Ratings zu verlassen; vielmehr muss ein internes Ratingverfahren Anwendung finden. Auch eine tägliche Bewertung der Vermögenswerte sowie eine wöchentliche Bewertung zu Marktpreisen sollen künftig verpflichtend sein. Mehr Stabilität soll dadurch erzielt werden, dass Geldmarktfonds ihre Anleger besser kennen und infolgedessen deren Anlageverhalten adäquater antizipieren können.

Geldmarktfonds verwalten in der EU ein Vermögen von etwa 1 Bio. €, ein Großteil davon wiederum konzentriert sich auf die drei MS Frankreich, Irland und Luxemburg. CF

- ▶ [PM der KOM IP/13/812 zum Schattenbanken-Paket](#)
- ▶ [Mitteilung zu Schattenbanken KOM\(2013\) 614 final](#)

EP verabschiedet RL über Wohnimmobilienkreditverträge

Das EP hat am 10. September 2013 über die RL zu Wohnimmobilienkreditverträgen abgestimmt. Die RL zielt darauf ab, einen gemeinsamen Rahmen für grundpfandrechtl. besicherte Kreditverträge oder Wohnimmobilienkreditverträge zwischen Verbrauchern und Kreditgebern in den MS zu schaffen. Damit sollen insbesondere Hauskäufer besser vor Marktschwankungen und Rückzahlungsschwierigkeiten geschützt werden. Der RL unterliegen somit Kreditverträge, die Hypotheken oder vergleichbare Sicherheiten auf Wohneigentum betreffen oder zum Erwerb sowie der Erhaltung von Baugrundstücken dienen.

Zwar wurden die endgültigen Formulierungen des Textes vom EP angenommen, allerdings gab es noch keine Schlussabstimmung für den gesamten Rechtstext. Denn zuvor sollen sich die MS dazu verpflichten, dass die Vorschriften in ihrem Hoheitsgebiet, d. h. in der gesamten EU, richtig durchgesetzt werden. Lukas Hemmersbach / CF

- ▶ [PM des EP vom 10. September 2013](#)
- ▶ [Bericht zum RL-Vorschlag KOM\(2011\)142](#)

Binnenmarkt

Monat des Binnenmarkts – Vorschläge für die Politik von Morgen erwünscht

Vom 23. September bis zum 23. Oktober 2013 bietet der Monat des Binnenmarkts – eine Initiative des EP und der KOM – den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit, Vorschläge für die Zukunft der EU zu machen und diese Vorschläge online live mit anderen Bürgern, Interessenvertretern, Beamten, Politikern und Sachverständigen aus ganz Europa zu diskutieren.

Binnenmarktkommissar Michel Barnier sagte: „Der Binnenmarkt-Monat soll den Abstand zwischen denjenigen, denen die Politik zugutekommen sollte - Bürgergesellschaft, Bürger und Unternehmen - und denjenigen, die diese Politik planen und verabschieden, verringern“. Er begrüße einen freien und offenen Meinungs austausch über Vorschläge zur Beseitigung der verbleibenden Lücken des Binnenmarkts.

Der Monat des Binnenmarkts wird vier Wochen lang online auf www.yourideasforeurope.eu durchgeführt, wobei jede Woche ein anderes Thema behandelt wird. Auf der Webseite können neue Ideen eingereicht und diskutiert werden. Bisher wurden bereits 300 Vorschläge eingereicht. Durch Live-Chats u. a. mit EP-Abgeordneten ergibt sich dabei die Möglichkeit, die Politik von Morgen zu gestalten. Am Ende des Monats werden die Debatten von unabhängigen Moderatoren zusammengefasst und in einem Abschlussbericht veröffentlicht.

Jan Büchner

- ▶ [PM der KOM IP/13/847](#)
- ▶ [Link zur Online-Debatte](#)

Landwirtschaftspolitik

KOM legt neue Forststrategie vor

40 % der Landfläche der EU sind von Wäldern bedeckt. Die KOM hat nach 15 Jahren eine Mitteilung für eine neue EU-Forststrategie vorgelegt, die einem ganzheitlichen Ansatz folgt und gleichzeitig stark wirtschaftlich ausgerichtet ist. Damit geht sie auf neue Herausforderungen für den Forstsektor und Anforderungen an die Wälder ein.

Neben dem Schutz der Wälder als wichtiges Ökosystem wird in der Strategie auf Aspekte der „Wertschöpfungskette“, d. h. die Art und Weise der Nutzung von Waldressourcen und der Waldbewirtschaftung zur Generierung von Waren und Dienstleistungen, eingegangen. Die Versor-

gung der Industrie mit dem nachhaltigen Rohstoff Holz soll gesichert und das Marktwachstum stimuliert werden. Heute werden insgesamt 58 % der geernteten Biomasse in der EU-Waldindustrie verarbeitet. Dies entspricht etwa 7 % des durch die verarbeitende Industrie erwirtschafteten EU-BIP und sichert annähernd 3,5 Mio. Arbeitsplätze.

Das erklärte Ziel der KOM ist eine nachhaltige Forstwirtschaft. Die Forststrategie umfasst acht miteinander verlinkte Prioritäten:

- Unterstützung der ländlichen und städtischen Gemeinschaften;
- Wettbewerbsfähigkeit der Forst-basierten Industrien, der Bioenergiewirtschaft und der grünen Wirtschaft;
- Klimawandel;
- Schutz und Ökosystemdienstleistungen;
- Verbesserung der Datenlage;
- Forschung und Innovation;
- kohärentes Management und Koordinierung;
- internationale Forstpolitik, z. B. ein rechtlich verbindliches globales Forstabkommen.

Mit Wäldern und Waldflächen soll so umgegangen werden, dass deren biologische Vielfalt, Produktivität, Regenerationsfähigkeit, Vitalität und Potenzial heute und zukünftig als wichtige ökologische, wirtschaftliche und soziale Funktionen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene erhalten werden. Auf die Ziel- und Nutzungskonflikte, die sich bei diesem Ansatz zwangsläufig ergeben müssen, geht die KOM nicht weiter ein. Am 23. September wurde die Forststrategie auf dem Agrarministerrat diskutiert. Bis 2014 will die KOM in Zusammenarbeit mit den MS objektive Kriterien entwickeln, anhand derer die Forststrategie vorangetrieben werden soll.

Erdal Kalyoncuoglu / TE

► [PM der KOM IP/13/850](#)

► [Mitteilung zur Forststrategie KOM\(2013\) 659 final](#)

Umweltpolitik

KOM will Schutz vor invasiven Arten verbessern

Die KOM hat am 9. September einen VO-Vorschlag vorgelegt, der der Prävention und Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Tier- und Pflanzenarten dienen soll.

Invasive gebietsfremde Arten werden durch menschliches Handeln absichtlich oder unbeabsichtigt trotz ökologischer Barrieren über ihr natürliches Gebiet hinaus verbreitet. An ihrem neuen Standort können sie sich so stark ausdehnen, dass sie dort nachteilige Auswirkungen auf die Biodiversität, die menschliche Gesundheit und die Wirtschaft haben können. Die invasiven Arten machen bereits 15 % der in Europa lebenden Arten aus und verursachen enorme Probleme für etablierte Ökosysteme. Die KOM schätzt den wirtschaftlichen Schaden auf 12 Mrd. € jährlich. Neben einer Gefahr für Menschen (z. B. durch die asiatische Riesenhornisse) schädigen sie auch die Infrastruktur (z. B. der japanische Staudenknöterich) oder bedrohen Ernterzeugnisse (z. B. die Bismarckratte).



Auch eine invasive Art: die Bismarckratte (Foto: Wikipedia)

Entsprechend dem Vorschlag soll eine Liste der invasiven Arten von EU-weiter Bedeutung erstellt werden, von denen einige mit einem Verbot belegt werden sollen. Darüber hinaus umfasst der Vorschlag drei Arten von Maßnahmen: Prävention, Früherkennung und rasche Reaktion sowie Kontrolle. Diese sollen dazu dienen, die Einfuhr und die Verbreitung solcher Arten zu verhindern, die Tilgung zu unterstützen und die Schäden auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Die Liste der vorgeschlagenen Maßnahmen umfasst z. B.

- die Einrichtung eines Frühwarnsystems und von Soforttilgungsmaßnahmen zur dauerhaften Beseitigung in einer frühen Phase der Invasion;
- die Kontrolle und Eindämmung von weitverbreiteten invasiven Arten, etwa durch Fortpflanzungskontrolle, und
- Wiederherstellungsmaßnahmen zur Erholung des geschädigten oder zerstörten Ökosystems.

Für die konkrete Planung und Durchführung der Maßnahmen sind die MS zuständig.

Derzeit gibt es keinen umfassenden Rahmen, um auf EU-Ebene gegen invasive gebietsfremde Arten vorzugehen. Die VO soll diese Lücke schließen, was auch mit den internationalen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt im Einklang steht.

Erdal Kalyoncuoglu / TE

► [PM der KOM IP/13/818](#)

► [VO-Vorschlag KOM\(2013\) 620 final](#)

Energiepolitik

Konsultation zum Grünbuch Klima- und Energiepolitik 2030

In einem „non-paper“ beschreibt die KOM die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zum Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“. Insgesamt haben sich über 500 Institutionen und Einzelpersonen an der Umfrage beteiligt, davon 12 % aus Deutschland. Die Auswertung der Konsultation bewegt sich um die zentrale Frage der Festlegung von quantitativen Zielen für Treibhausgase (THG), Erneuerbare Energien (EE) und Energieeffizienz für 2030.

Nach Meinung der KOM sehen viele die Notwendigkeit für ein neues quantitatives THG-Ziel. Gleichzeitig soll das Emissionshandelssystem als zentrales Instrument für den Übergang zur Niedrigkohlenstoff-Wirtschaft fungieren. Auf der anderen Seite gibt es verschiedene Meinungen in Bezug auf die Festlegung von quantitativen Zielen für EE und Energieeffizienz. Unternehmen, die im Bereich der EE tätig sind, sowie Nichtregierungsorganisationen tendieren am stärksten zu allen drei Zielen, während Industrievereinigungen sowie Unternehmen, die im Bereich Öl und Gas tätig sind, in Bezug auf quantitative Ziele am meisten Zurückhaltung üben. Lokale und regionale Behörden sind stärker an den Zielen interessiert als die nationalen Behörden der MS.

Durch die Beteiligten der Konsultation werden allgemein

- die Diversifizierung der Versorgung aus verschiedenen Energiequellen und über verschiedene Transportrouten aus Drittstaaten;
- die Vollendung des Energiebinnenmarktes;
- eine höhere Effizienz bei der finanziellen Unterstützung von Niedrig-Kohlenstoff-Energien durch den öffentlichen Sektor und
- die besondere Bedeutung von Innovationen für die Flexibilität und die Sicherheit des EU-Systems unterstützt.

Insgesamt 14 MS tauchen in der Auswertung der KOM auf, Deutschland ist nicht darunter. Von diesen plädieren fast alle für ein quantitatives THG-Ziel, während die Zustimmung für die anderen beiden Ziele schwächer ausgeprägt ist und häufig mit Bedingungen verknüpft wird. TE

► [Link zum Grünbuch KOM\(2013\) 169 final](#)

► [Beiträge im Rahmen der Konsultation zum Grünbuch](#)

Wissenschaft und Forschung

KOM veröffentlicht Fortschrittsbericht über den Europäischen Forschungsraum

Die KOM hat im September den ersten Zwischenbericht zum Europäischen Forschungsraum (EFR) veröffentlicht. Der EFR soll die Fragmentierung der europäischen Forschungslandschaft reduzieren sowie einheitliche Rahmenbedingungen im Bereich Forschung und Innovation innerhalb der EU schaffen. Es ist vorgesehen, die Verwirklichung des EFR bis 2014 abzuschließen.

Der EFR-Bericht gibt einen Überblick über die Fortschritte sowie die Schwachpunkte der einzelnen Länder. Die Analyse zeigt, dass noch viel zu tun ist, bis ein voll funktionsfähiges europäisches Forschungs- und Innovationssystem etabliert ist.

Nachholbedarf in einigen Bereichen

Der Bericht zeigt, dass u. a. weiterhin folgende Schwierigkeiten bestehen:

- Es gibt immer noch Regelungen in den nationalen Forschungsrahmenprogrammen, die die transnationale Zusammenarbeit beeinträchtigen und den Zugang zu wichtigen Infrastrukturen erschweren;
- Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist nach wie vor nicht erreicht;

- In einigen Ländern gehen die öffentlichen Investitionen in die Forschung zurück;
- Die Einstellungsverfahren für die Forschungsstellen sind weiterhin noch nicht überall offen, transparent und leistungsbezogen. So wird mehr als die Hälfte der Stellen noch nicht auf europäischer Ebene über das Portal „EURAXESS Jobs“ ausgeschrieben. Dies beeinträchtigt die Mobilität der Forscher und kann dazu führen, dass nicht immer die Besten eingestellt werden.

EFR in Deutschland

Deutschland steht im EU-Vergleich gut da. Trotz der Krise wurden die Ausgaben für Forschung erhöht und ca. 75,5 Mrd. € investiert. Damit erreicht Deutschland fast das gesetzte Ziel, bis 2020 drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren. Allerdings sind auch in Deutschland Forscherinnen unterrepräsentiert. Daher wurde eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen, beispielsweise durch das BMBF, angestoßen.

Im europäischen Vergleich macht Deutschland wenig Gebrauch vom Portal „EURAXESS Jobs“, allerdings ist die Tendenz steigend. Zudem haben sich in Deutschland die Möglichkeiten für ausländische Forscher sehr verbessert. Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen wurde vereinfacht und hat damit einen nachhaltigen Beitrag dazu geleistet, dass qualifizierte Forscher in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können. Natalie Schlaw

► [PM der KOM IP/13/851](#)

► [KOM-Memo/13/807 \(EN\)](#)

► [Themenseite der KOM zum EFR \(EN\)](#)

Gesundheitspolitik

Neues Symbol auf Beipackzetteln von Medikamenten

Seit dem 1. September 2013 trägt ein neues Symbol auf den Beipackzetteln von Medikamenten (ein auf der Spitze stehendes schwarzes Dreieck) dazu bei, Patienten verstärkt in die Überwachung von neu zugelassenen Medikamenten einzubeziehen. Es identifiziert Medikamente, die nach ihrer Zulassung von einer fortführenden Kontrolle begleitet werden.

Ziel des neuen Symbols

Das schwarze Dreieck und eine beigefügte erklärende Information fordern den Patienten und medizinisches Personal dazu auf, Nebenwirkungen mitzuteilen, sodass neue Erkenntnisse über das Medikament schnellstmöglich weitergeleitet werden können. So kann die Patientensicherheit durch begleitende Überwachung und eine verbesserte Vorsorge optimiert werden.

Das schwarze Dreieck kennzeichnet in folgenden Fällen Medikamente:

- 1) Alle Arzneimittel, die einen neuen Wirkstoff enthalten und nach dem 1. Januar 2011 zugelassen worden sind;
- 2) Biologische Arzneimittel, wie Impfstoffe oder aus Plasma gewonnene Produkte, die nach dem 1. Januar 2011 zugelassen worden sind;

3) Produkte, für die nach der Zulassung weitere Informationen notwendig sind oder deren Zulassung Bestimmungen oder Beschränkungen in Bezug auf ihre sichere und effektive Anwendung unterliegt.

Das schwarze Symbol soll von biologischen Produkten und solchen, die neue Wirkstoffe enthalten, nach fünf Jahren entfernt werden, sobald sich ihre Anwendung etabliert hat.

Natalie Schlaw

- ▶ PM der KOM-Vertretung in Deutschland
- ▶ KOM-Memo/13/172 (EN)

Bildung, Jugend und Kultur

„Unbequeme Denkmäler?“ – Deutscher Beitrag zum europäischen Tag des offenen Denkmals

Nach dem offiziellen Auftakt am 30. August öffneten 50 europäische Länder im September den Zugang zu kulturellen oder historischen Sehenswürdigkeiten, die normalerweise der Öffentlichkeit nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind. Ziele der Tage des offenen Denkmals sind u. a. die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung des kulturellen Erbes und die Belange der Denkmalpflege. Die Initiative der KOM und des Europarates ermöglichen mehr als 20 Mio. Menschen die Besichtigung der Denkmäler.

Woran wollen wir uns erinnern, woran müssen wir uns erinnern und weshalb? Was macht Denkmäler erhaltenswert, was unbequem? Diese und weitere Fragen sind in dem Thema „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmäler?“, dem deutschen Beitrag zum Tag des offenen Denkmals, enthalten. In Hamburg fand die Eröffnungsveranstaltung für mehr als 100 Denkmäler am 6. September, in Kiel am 8. September für landesweit etwa 120 Denkmäler statt.



Gewann den 2. Platz beim Jugendfotowettbewerb Fokus Denkmal 2013: Leonie Schottlers Foto aus dem sog. Tansaniapark in Hamburg

Prof. Barbara Kisseler, Hamburger Kultursenatorin, erklärte, dass Denkmäler zum kollektiven Gedächtnis der Stadt dazugehörten und ihre Erhaltung der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte diene. In der Hansestadt fand neben den Besichtigungsmöglichkeiten z. B. ein Rundgang durch die Innenstadt statt, bei dem historische Kunstfilme gezeigt wurden. In Schleswig-Holstein ließen

sich Fachleute und engagierte Laien aus Denkmalpflege und Archäologie bei ihrer Arbeit über die Schulter schauen. In Itzehoe z. B. wurde von Archäologen durch ein sogenanntes Germanengrab geführt, das eine Erfahrung des düsteren Ahnenkultes der Nationalsozialisten vermittelt.

Johanna Stiefvater / TE

- ▶ PM der KOM IP/13/794
- ▶ Tag des offenen Denkmals - Programm HH
- ▶ PM des Denkmalamts SH
- ▶ Tag des offenen Denkmals - Programm SH

In 25 Jahren wurden 2,5 Mio. Menschen durch die Jugendprogramme der EU unterstützt

Etwa 2,5 Mio. Menschen konnten die unterschiedlichen Initiativen der EU-Jugendprogramme in 25 Jahren erreichen. Diese Programme laufen seit 1988, u. a. in Kooperation mit nationalen Einrichtungen, um europäische Jugendpolitik und Jugendarbeit und letztlich europäische Integration voranzutreiben.

Mit dem gegenwärtigen Förderprogramm JUGEND IN AKTION sollen Bürgersinn, Solidarität und demokratisches Engagement sowie Mobilität und Zusammenarbeit unter jungen Menschen in Europa gestärkt werden. Gefördert werden Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen sowie der Europäische Freiwilligendienst. Der diesjährige Fokus liegt z. B. auf Projekten zur Jugendarbeitslosigkeit sowie der Förderung von Kreativität und Unternehmertum. Im Rahmen des Programms fließen in diesem Jahr rund 13 Mio. € nach Deutschland.

„Viva antirassistische Fußballfans!“ ist ein Projektbeispiel aus Hamburg, bei dem der Fußballclub FC St. Pauli über 8 Tage 40 junge Menschen aus Spanien, Polen, England und Deutschland zusammenbrachte. Anhand von z. B. Vorträgen, Berichten von Zeitzeugen und einem Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme wurde über Ausländerfeindlichkeit, Vorurteile und das Dritte Reich informiert und diskutiert. Schließlich wurden Kampagnen gegen Rassismus und für Toleranz entworfen, die während eines Fußballspiels am Millerntor gegen den 1. FC Köln gleich zum Einsatz kamen.

Johanna Stiefvater / TE

- ▶ Themenseite der KOM 25 Jahre EU-Jugendprogramme
- ▶ JUGEND IN AKTION in Deutschland
- ▶ Projekt Jugendbegegnung - Freundschaftsspiel

Neue KOM-Initiative „Die Bildung öffnen“ strebt nach digitaler Revolution im Bildungsbereich

Mehr als 60 % der Neunjährigen an Schulen in der EU sind nicht im digitalen Zeitalter angekommen. 50 bis 80 % der SchülerInnen bzw. StudentInnen in der EU benutzen nie digitale Lehrmittel, obwohl: hochwertige Bildung und digitale Kompetenzen vom „Plus“ zum „Muss“ und bis 2020 an 90 % der Arbeitsplätze erforderlich sein werden.

Vor diesem Hintergrund stellte die KOM am 25. September ihre Initiative „Die Bildung öffnen“ in Form einer Mitteilung vor. Die EU-Kommissarin für Bildung, Kultursprachigkeit und Jugend, Androulla Vassiliou, erklärte, dass es für junge Leute bald nicht mehr genüge, mit

einer „App“ umgehen zu können: Es werde vielmehr verlangt, eigene Programme zu schreiben. In der Initiative geht es also darum, „die Beschäftigungsfähigkeit, die Kreativität sowie den Innovations- und Unternehmergeist bei unseren jungen Menschen zu fördern“. Schwerpunkte der Initiative sind:

- Schaffung von Innovationschancen für Einrichtungen, Lehrkräfte und Lernende;
 - intensive Nutzung frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien;
 - bessere IKT-Infrastrukturen und Konnektivität in Schulen.
- Gefördert werden sollen Projekte durch Erasmus+ (das neue EU-Programm für die allgemeine und berufliche Bildung), Horizont 2020 (das neue Forschungs- und Innovationsprogramm) sowie die EU-Strukturfonds.

Insgesamt umfasst die Mitteilung 24 konkrete Maßnahmen. Eine davon ist das jüngst ins Leben gerufene Internetportal „Open Education Europa“. Es bietet Zugang zu hochwertigen Lehr- und Lernmaterialien in der eigenen Sprache und deren kostenlose Nutzung und Weitergabe von Lehrkräften und SchülerInnen/StudentInnen. Eine andere Maßnahme sieht vor, alle Schulen und im Idealfall auch Klassenräume u. a. mit Breitbandverbindung und modernisierten IKT-Ausstattungen auszurüsten. Hier sind die Bildungseinrichtungen bzw. MS angehalten, sich die Struktur- und Investitionsfonds bis 2020 zu Nutze zu machen.

Johanna Stiefvater / TE

► [PM der KOM IP/13/859](#)

► [KOM Fragen und Antworten MEMO/13/813](#)

► [Mitteilung der KOM\(2013\) 654 final \(EN\)](#)

► [Open Education Europa](#)

Am Rande...

Look right, drive on left

„Andere Länder – andere Sitten“, heißt es so schön. Viele Bräuche und Traditionen aus anderen MS kennen wir: z. B. weiß jeder, der schon einmal auf den britischen Inseln im Urlaub war, dass die Autofahrer dort auf der linken Straßenseite fahren. Aber warum eigentlich?

Es handelt sich hierbei keineswegs um eine britische Eigenheit, nein, die Briten sind eben einfach traditioneller als die meisten Europäer. Früher fuhren auch Deutsche, Österreicher, Portugiesen, Spanier, Franzosen, Italiener auf der linken Straßenseite – oder sie „ritten“ vielmehr; denn schon die alten Römer und später die Feudalgesellschaften des Mittelalters zogen es vor, die rechte Hand (die meisten Menschen sind Rechtshänder) am Schwertgriff zu lassen und das Schwert auf der linken Seite zu tragen, um sich stante pede verteidigen zu können. Daher bürgerte es sich auch ein, von der linken Seite aufs Pferd zu steigen.

Im späten 17. Jahrhundert waren vor allem in Frankreich und den USA immer mehr Fuhrwerke auf den Wegen unterwegs. Die meisten dieser Gespanne wurden vom hinteren linken Pferd aus gelenkt, da die Fahrer solcher Fuhrwerke die Peitsche meist in der rechten Hand hielten. Dann hatten sie von der rechten Straßenseite aus eine bessere Übersicht über die links vorbeiziehenden Wagen.

So etwas wie Straßenverkehrsregeln gab es zu dieser Zeit aber natürlich noch nicht, jedoch aber bereits ein stetig wachsendes Verkehrsaufkommen.

Die Französische Revolution schließlich läutete den Siegeszug des Rechtsverkehrs ein: Da die Aristokratie auf der linken Seite der Straße fuhr, hatte man den Plebs auf die rechte Seite gezwungen, wo man nach der Revolution auch blieb – und wohin man die Aristokratie ebenfalls zwingen wollte. 1794 führte die Regierung Robespierre den Rechtsverkehr in Paris offiziell per Gesetz ein. Ein anderer Franzose, nämlich Napoleon Bonaparte, erweiterte dieses Gesetz später auch auf Militärfahrzeuge, so dass sich mit seinen Gebietseroberungen in weiten Teilen Europas der Rechtsverkehr durchsetzte.



Straßenschild in der südenglischen Grafschaft Kent (Foto: Wikipedia)

Heutzutage fährt man in Europa nur mehr im Vereinigten Königreich und den dazugehörigen Inseln, in Irland, auf Malta und Zypern auf der linken Straßenseite. Das letzte europäische Land, das aus wirtschaftlichen Gründen vom Links- zum Rechtsverkehr wechselte, war Schweden. Die Nordeuropäer stellten an einem Sonntagmorgen im Jahr 1967 auf Rechtsverkehr um. Ähnliche Überlegungen gab es in den 60er Jahren auch im Vereinigten Königreich; sie wurden aber ad acta gelegt, da die Umstellung das Land Unsummen gekostet hätte. Daher heißt es weiterhin: „Look right, drive on left!“ Europa lebt eben nicht nur von Gemeinsamkeiten, sondern auch von Unterschieden. US

► [BBC-Artikel: Could the UK drive on the right? \(EN\)](#)

Service

Für Rückfragen stehen Ihnen die Leiter und Referenten des Hanse-Office gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns über unser Sekretariat unter Tel. +32 2 28546-40 oder unter Tel. +49 40 42609-40 (aus D), per E-Mail info@hanse-office.de oder per Fax +32 2 28546-57.

Redaktionsteam:

Ulla Sarin, Christoph Frank

Ihre Ansprechpartner zu den EU-Fachpolitiken sind:

Thorsten Augustin Durchwahl -42 TA |
Leiter Schleswig-Holstein – Alle Politikbereiche

Dr. Claus Müller Durchwahl -43 CM |
Leiter Hamburg – Alle Politikbereiche

Dr. Thomas Engelke Durchwahl -47 TE |
Stellv. Leiter Schleswig-Holstein (m.d.W.d.G.b.)
Energie, Meeres- und Fischereipolitik,
Bildung, Kultur, Jugend, Tourismus,
Ausschuss der Regionen

Christoph Frank Durchwahl -52 CF |
Stellv. Leiter Hamburg
Finanzen (EU-Haushalt, Steuern und Finanzdienstleistungen),
Öffentliches Auftragswesen,
Entwicklungszusammenarbeit

N. N.
Landwirtschaft, Umwelt

N. N.
Verkehrspolitik

Andreas Thaler Durchwahl -32 AT |
Regionalpolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik,
Erweiterung

N. N.
Wirtschaft und Außenwirtschaft
Binnenmarkt, Beihilfenpolitik,
Industrie- und Clusterpolitik, Innovation

Dr. Clivia von Dewitz Durchwahl -59 CvD |
Innen- und Justizpolitik, Minderheitenpolitik,
Medien, Telekommunikation, Informationsgesellschaft

N. N.
Forschung/Wissenschaft, Gesundheitspolitik,
Verbraucherschutz

Ulla Sarin Durchwahl -54 US |
Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation

Impressum

Diese Veröffentlichung wird herausgegeben vom

HANSE-OFFICE
Avenue Palmerston 20
B-1000 Brüssel
www.hanse-office.de

V. i. S. d. P. sind die Leiter. Für die Inhalte verlinkter Seiten und Dokumente ist das Hanse-Office nicht verantwortlich, so dass für deren Inhalt keine Haftung übernommen werden kann.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Schleswig-Holstein und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung oder des Senats zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Brüssel, den 1. Oktober 2013